



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

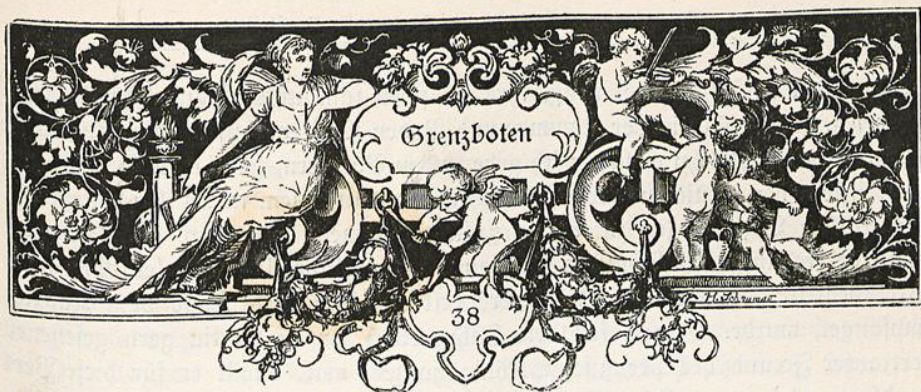
DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Großherzog Friedrich von Baden in Versailles. 1

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Großherzog Friedrich von Baden in Versailles

1



roßherzog Friedrich hatte es bei der Aufrichtung des Norddeutschen Bundes mit tiefem Schmerz empfunden, daß Baden draußen blieb. Die Erfahrungen des Jahres 1866 hatten ihn überzeugt, daß Badens Zukunft nur durch eine organische Verbindung mit Preußen, möglichst zugleich durch eine territoriale Anlehnung zu sichern sei, bei der ein abermaliges Versagen des preußischen Schutzes, wie im Juni 1866, ausgeschlossen wäre. Dieser Wunsch, die Zukunft Badens gleichsam „unter preußischen Kanonen“ sicher zu stellen, mag sich damals auch, wie es sehr naheliegend war, zu einer Anregung verdichtet haben, durch eine anderweite Verteilung südwestdeutscher Ländergebiete eine unmittelbare nachbarliche Angrenzung Badens an Preußen herzustellen. Bismarck hat, wie er im zweiten Bande seiner „Gedanken und Erinnerungen“ mitteilt, diese durch Roggenbach beim Friedensschluß mit Baden an ihn herangetretene Anregung „a limine abgelehnt“, weil er darin „einen Mangel an Augenmaß für die Zukunft und eine Verdunkelung des Blicks durch badische Hauspolitik“ gefunden habe. Ob Roggenbach diese Sondierung des preußischen Ministers im Auftrage und mit Wissen seines Souveräns vorgenommen oder nur seiner eignen Eingebung dabei gefolgt ist, läßt Bismarck selbst zweifelhaft; nach den Erfahrungen bei dem Ausbruch des Krieges und bei der Aussicht auf einen Südbund unter österreichisch-französischem Protektorat waren solche Wünsche auf badischer Seite, wo man damals befürchtete, das Opfer einer bayrisch-österreichischen Verständigung zu werden (Vertrag von Ried!), durchaus begreiflich. Im übrigen aber war nicht Roggenbach, sondern der am 27. Juli in das Amt getretene Ministerialpräsident von Freydhof der amtliche Unterhändler des Friedens mit Preußen, dem der zum Ministerpräsidenten ernannte praktische und kluge Mathy, dessen Name immer in hohen Ehren genannt werden muß, wenn es sich um die Geschichte des deutschen Werdens handelt, kaum einen solchen Auftrag erteilt haben würde. Roggenbach der im Frühjahr, nach dem

Grenzboten III 1906

79

Beschluß der badischen Regierung, ihre Truppen zum achten Bundeskorps stoßen zu lassen, seinen Sitz in der Kammer und Baden selbst verlassen hatte, indem er seinem Freunde Mathy erklärte: ich gehe zu den Volkskern, hatte damals wohl nur die Mission, der amtlichen Verhandlung die Wege zu ebnen, wobei ihm seine guten persönlichen Beziehungen in Berlin zustatten kamen. Er hatte am 8. August eine Unterredung mit Bismarck, während der amtliche Unterhändler von Frey-
dorf, begleitet vom Staatsrat Gelzer, erst am folgenden Tage vom Kanzler empfangen wurde. Gelzer, seit dem Jahre 1845 ein in Berlin gern gesehener vertrauter Freund des preussischen Königshauses, war, damit er für diese Verhandlungen einen amtlichen Charakter erhielt, vom Großherzog zum badischen Staatsrat ernannt worden, die Gegenzeichnung war eine der ersten Unterschriften Mathys nach seiner Übernahme des Ministeriums am 27. Juli gewesen.

Wenn irgend etwas in Berlin zu erreichen war, mußte es Gelzer gelingen, der dort noch fast im Augenblicke des Kriegeausbruchs als vertrauter Abgesandter des Großherzogs mit dem höchsten Vertrauen empfangen worden war. Er überbrachte damals dem König ein Schreiben Großherzog Friedrichs über das negative Ergebnis der Reise nach Pillnitz zum König Johann und über die letzten Möglichkeiten, den Krieg zu vermeiden. Der Großherzog empfahl zu diesem Zwecke die energische Durchführung der Bundesreform und eine direkte Verhandlung mit dem Herzog von Augustenburg, der bereit sei, gegen das Versprechen sofortiger Einsetzung auf die preussischen Februarbedingungen einzugehn. Damit scheide die schleswig-holsteinische Frage als Kriegursache aus. Es ist nicht zu verkennen, daß die Verwirklichung beider Vorschläge auf die Stimmung in Deutschland, des zweiten Vorschlags wenigstens auf die Stimmung außerhalb Preußens, einen großen Eindruck gemacht haben würde. Die Verwirklichung des einen verhinderten der österreichische Antrag vom 11. und der Bundesbeschluß vom 14. Juni, die das Andern die Unentschlossenheit des Herzogs, der vielleicht unter fremdem Einfluß von einem Siege der österreichischen Waffen mehr erwartete oder den ihm noch am 12. Juni durch ein Telegramm Bismarcks an den preussischen Gesandten in Karlsruhe nahegelegten Weg zum Könige nicht finden konnte. Am Vormittage des 10. Juni 1866, desselben Tages, an dem der preussische Bundesreformplan allen deutschen Regierungen telegraphisch übermittelt wurde, war Gelzer vom König empfangen worden, dem er in langer Unterredung die badischen Vorschläge entwickeln durfte, während er vom Könige selbst eine eingehende Darlegung der preussischen Politik empfing, zugleich forderte der Monarch ihn in der huldvollsten Weise zum Aussprechen seiner eignen Ansichten auf.

Die Vorschläge des Großherzogs wurden nicht von der Hand gewiesen, vom Herzog von Augustenburg wurde nur noch verlangt, daß er sich in dem bevorstehenden Konflikt mit Österreich rasch und entschlossen auf die Seite Preußens stelle. In diesem Sinne schrieb der König noch am 14. Juni an den Großherzog einen Brief, den er Gelzer offen übergeben ließ. Am Abend

dieses denkwürdigen Tages, als die Nachricht von dem verhängnisvollen Bundesratsbeschuß, den als Kriegserklärung betrachten zu müssen Preußen vorher allen deutschen Staaten notifiziert hatte, schon vorlag, wurde Gelzer noch von Bismarck empfangen, der sich im Sinne seiner telegraphischen Weisung nach Karlsruhe eingehend und wohlwollend aussprach, dann aber in der eindrucksvollsten Weise die Notwendigkeit des Krieges und einer gewaltsamen Lösung der deutschen Frage darlegte. Friedrich Curtius berichtet in seiner leider nur allzu kurzen Biographie Gelzers: „Es war einer der Momente, wo die ganze einzige Größe des damals von aller Welt verkannten Mannes zur Erscheinung kam: die beherrschende Klarheit seines genialen Blicks und die elementare Kraft seines gewaltigen Willens. Für Gelzer war dieser Eindruck von entscheidender Bedeutung. Es war ihm von diesem Augenblick an klar, daß die Ziele, denen er und sein fürstlicher Freund nachstrebten, nur durch diesen Mann erreicht werden könnten.“ Und nun das Wiedersehen im August!

Diese Episode mußte hier eingeschaltet werden, nicht nur weil Gelzer auch in den Herbstmonaten 1870 ein treuer Helfer gewesen ist, sondern weil sie auch für die heutige Generation deutlich erkennbar die Sphäre umschreibt, die Großherzog Friedrichs Handeln in jenen wehevollen Geburtsstunden unsers Deutschen Reichs bestimmt hat.

Der Aufenthalt Gelzers in Berlin im August 1866 hatte noch weitere Folgen, die sich in den nächsten Jahren und namentlich im Herbst 1870 in glücklicher Weise geltend machten. Er trat damals auch in Beziehungen zum Kronprinzlichen Paare. Curtius berichtet darüber: „In beiden fand er das vollste Verständnis dafür, daß nicht ein vergrößertes Preußen, sondern ein einiges Deutschland das Ziel der Arbeit sein müsse, und das Wort der Kronprinzessin, daß den beiden Friedrichen, nördlich und südlich des Main, bei der Arbeit für dessen Überbrückung eine Hauptaufgabe zufalle, stimmte mit Gelzers freudigsten Hoffnungen zusammen.“ Nachdem am 6. Februar 1867 der Großherzog mit dem neu ernannten bayrischen Ministerpräsidenten Fürsten Hohenlohe eine Besprechung in Mühlfelder gehabt hatte, ging Gelzer in besondrer Mission nach München, um Verhandlungen über eine Annäherung der süddeutschen Staaten an den Norddeutschen Bund anzuknüpfen. Für die Erweiterung des Norddeutschen Bundes zum Deutschen Bundesstaat, dem Ziele des Großherzogs, war die öffentliche Meinung in Bayern noch nicht reif, aber es gelang eine Verständigung über die Grundlagen einer dauernden Verbindung der süddeutschen Staaten mit Norddeutschland und über die Herstellung eines materiell gemeinsamen Rechts in den politisch wichtigsten Aufgaben der Gesetzgebung. Die Ergebnisse der Verhandlungen erlangten in sechs Punktationen einen formell bindenden Abschluß, doch konnte das Projekt im Hinblick auf die auswärtige Lage nicht weiter verfolgt werden. Nachdem bei der Luxemburger Angelegenheit die Gefahr einer Friedensstörung mit Mühe beschworen worden war, wollte Bismarck nach der damals erfolgten Veröffentlichung der Schutz- und Trutz-

bündnisse alles vermieden wissen, was Frankreichs Mißtrauen reizen könnte. Weder der vom Fürsten Hohenlohe angebotne Bund noch die schon damals vom Großherzog gewünschte Militärkonvention fand deshalb die Zustimmung des preußischen Staatsmannes. Der Großherzog mußte sich begnügen, das gesamte Heerwesen Badens nach preußischem Muster zu reformieren, Preußen lieferte ihm in der Person des Generals von Beyer einen geeigneten Kriegsminister, und im Herbst hatte er die Genugtuung, die neugestaltete badische Division dem sorgfältig prüfenden Blicke des Oberfeldherrn in Karlsruhe vorzuführen. Ein wichtiger Schritt war damit gelungen. Schon am 5. September hatte der Großherzog bei Eröffnung der Ständeversammlung ausgesprochen: „... Mein Entschluß steht fest, dieser nationalen Einigung unausgesetzt nachzustreben, und gern werde ich, und wird mit mir mein getreues Volk die Opfer bringen, die mit dem Eintritt in dieselbe unzertrennlich verbunden sind. ... Ist auch die Form der nationalen Einigung Süddeutschlands mit dem Norddeutschen Bunde noch nicht gefunden, so sind doch schon bedeutungsvolle Schritte zu diesem Ziele getan. ...“ Zwei Tage darauf erging Bismarcks berühmte, durch die Salzburger Kaiserbegegnung hervorgerufne Zirkulardepesche in ihrer ernstesten entschlossenen Sprache. Still und unermüdlich arbeiteten Großherzog Friedrich und das badische Ministerium ihrem Ziele zu, und nichts ist bezeichnender als die zwar resignierte, aber dennoch feste patriotische Zuversicht, mit der Mathy nach Mitteilung der ablehnenden Antwort Bismarcks auf seinen Antrag, Baden in den Norddeutschen Bund aufzunehmen, tiefbewegt zum Großherzog in die Worte ausbrach: „Und wir tun doch unsre Pflicht.“ Im Februar 1870 fand dann die an den bekannten Laskerschen Antrag anknüpfende Reichstagsdebatte statt, in der sich Bismarck mit großer Schärfe gegen einen verfrühten Eintritt Badens aussprach und dabei das Gleichnis brauchte, er könne nicht den Milchtopf abhaken und den Rest sauer werden lassen. Die Lebhaftigkeit der Debatte hatte zu einem Schriftwechsel zwischen den beiden Regierungen Anlaß gegeben, doch wurde die hervorgerufne Verstimmung erst bei der Anwesenheit des Großherzogs in Berlin gelegentlich des Geburtstags des Königs beseitigt. Bismarck war auf dem Standpunkt geblieben, den er in einer Note vom 15. September 1867 nach Karlsruhe und im folgenden Monat dem badischen Gesandten in Berlin gegenüber in mündlicher Aussprache festgehalten hatte, daß der gegenwärtige Zustand nicht das Ziel, aber eine ganz annehmbare Wartestation sei, wo durch die Bündnisverträge die Sicherheit gegen fremde Einmischungen, durch den verbesserten Zollverein die Befriedigung materieller Interessen gesichert scheine. Der Bundeskanzler sah es als die geschichtliche Mission Badens an, im Süden Deutschlands der zuverlässige nationale Kern zu sein, und die Gestaltung, die die Verhältnisse damals in Bayern nahmen, war freilich nicht geeignet, ihn in dieser Auffassung zu erschüttern. War Baden zu nationalen Opfern bereit, so sollte es zunächst das Opfer des Ausharrens bringen. Neben diesem amtlichen ging zugleich ein sehr

reger fürstlicher Familienverkehr, bei dem der König wiederholt sein Bedauern aussprach, gegen Baden so zurückhaltend sein zu müssen. Außerdem wurden von der badischen Seite durch Roggenbach und Gelzer persönlich und schriftlich eine größere Menge von Beziehungen in Berlin unterhalten. Im Winter 1869/70 war Gelzer — wie auch in den nächsten Jahren wiederholt — vom König in aller Stille nach Rom gesandt worden, um als Vertrauensmann des Monarchen und zu dessen Information die Vorgänge beim vatikanischen Konzil zu beobachten; in den Folgejahren die Situation im Vatikan selbst. Er hat dann 1872 dem Kaiser in Gegenwart des Großherzogs und des Kronprinzen eine Reihe von Vorträgen über die „Entwicklung der katholischen Frage im Laufe des Jahrhunderts“ gehalten. Für Kaiser Wilhelms gewissenhafte Methode in der Regierung ist auch dieser Umstand charakteristisch.

Als die große Sturmflut im Juli 1870 heranbrauste, stand der Süden Deutschlands dem Norden gegenüber politisch noch auf dem alten Fleck. Militärisch war jedoch manches geschehen, den Schutz- und Trugbündnissen auch von süddeutscher Seite Inhalt zu verleihen, namentlich auch durch zahlreiche Kommandierungen nach Berlin. Am weitesten in der militärischen Bereitschaft war Baden. Als nach dem ersten Drittel des Julis die Ereignisse eine drohende Gestalt annahmen, begann die badische Regierung schon vom 12. Juli ab das Herannahen der Mobilmachung vorbereitend ins Auge zu fassen. Ergingen doch schon am 10. und 11. Juli von Ems aus die ersten königlichen Befehle wegen der Sicherung von Mainz, am Nachmittag des 11. wurde Moltke aus dem Urlaub nach Berlin zurückbeordert, während das Kriegsministerium seine gesamten Mobilmachungsvorschriften einer nochmaligen Durchsicht und Prüfung unterzog. Da wird denn auch wohl ein Wink nach Karlsruhe gegangen sein. Am 15. Juli Nachmittags erhielten die Garnisonen Freiburg und Konstanz den Befehl, nach Rastatt abzurücken. Abends 9¹/₄ Uhr war von Berlin an alle Generalkommandos die telegraphische Mitteilung ergangen, daß in wenig Stunden der Mobilmachungsbefehl eintreffen werde. Demgemäß hatte der Großherzog Abends 11¹/₂ Uhr die Mobilmachung befohlen, nachdem schon einige Stunden vorher der Befehl nach Rastatt ergangen war, den Rhein durch Kavallerie beobachten zu lassen und sich in der Nacht mit der größten Vorsicht zu sichern. Nach Erlass des Mobilmachungsbefehls traf bei dem preussischen Gesandten in Karlsruhe die um 11 Uhr 35 Minuten vom Bundeskanzler abgesandte Depesche ein, die die Mobilmachung des norddeutschen Heeres meldete und das Ersuchen aussprach, „die badischen Streitkräfte zur Verteidigung Deutschlands auszurüsten“. Der Großherzog hatte sich schon am 13. Juli dem Könige brieflich nach Ems hin zu jeder Verwendung zur Verfügung gestellt, am 14. Juli war von preussischer Seite das Ersuchen eingetroffen, sogleich das Festungsartilleriebataillon nach Rastatt zu nehmen, alle Vorbereitungen gegen den gewaltsamen Angriff, auch Fürsorge bei der Kehler Brücke und am Rhein zu treffen; „mehr vorerst nicht“. Graf Flemming

konnte noch an demselben Tage dem Bundeskanzler melden, daß diesen Wünschen von badischer Seite entsprochen werde, doch wünsche General Beyer eine preußische Pionierkompagnie nebst einigen Ingenieuroffizieren nach Rastatt sowie die Verstärkung der Besatzung durch ein preußisches Infanterieregiment. Infolgedessen rückten am 16. und 17. Juli das Füsilierregiment Nr. 34 aus Frankfurt am Main, dem seine Reserven geschlossen nachgeführt wurden, sowie die Mineurkompagnie des Pionierbataillons Nr. 8 mit der Bahn nach Rastatt ab, sieben Ingenieuroffiziere und einige Artillerieoffiziere folgten. Dies war die erste Hilfe, die Preußen Süddeutschland brachte. Am 23. Juli stand die badische Division westlich von Karlsruhe konzentriert, bis auf die Trains marschfähig, eine Avantgarde war bis zur Murg vorgeschoben. Tags zuvor waren auf Anordnung Moltkes zehn württembergische Reitereskadrons mit der Eisenbahn von Stuttgart nach Durlach transportiert worden und hatten bei Ettlingen Rantonnements bezogen; die württembergische Felddivision wurde in den folgenden Tagen bei Graben versammelt. Bemerkenswert ist, daß sowohl die badische als die württembergische Division den Wunsch aussprachen, nicht gemeinschaftlich, sondern jede mit einer preußischen Division zu einem Armeekorps verbunden zu werden. Am 30. Juli erging durch Moltke der Befehl des Königs, am linken Rheinufer vorzugehen, den Feind aufzufuchen und anzugreifen, ein feindlicher Brückenschlag bei Lauterburg werde dadurch verhindert, ganz Süddeutschland dadurch am wirksamsten geschützt. Da die dritte Armee in ihrer Gesamtheit noch nicht vereinigt war, viele Trains noch zurück waren, so meldete der Kronprinz am nächsten Tage, daß er von der sofortigen Ausführung dieser Operation noch Abstand nehme und die badischen und die württembergischen Truppen noch auf dem rechten Rheinufer belasse. Vom Großen Hauptquartier wurde darauf der 3. August als der Termin für die Operationsbereitschaft festgesetzt.

Der Kronprinz war auf seiner Reise an die süddeutschen Höfe am 29. Juli in Karlsruhe angekommen und hatte am 30. sein Hauptquartier in Speyer genommen. Der Großherzog war hoch erfreut, seinen Schwager als Heerführer zu begrüßen; zum Empfang war auch die Großherzogin, die am 22. Juli mit den Kindern nach Heidelberg übergesiedelt war, wieder nach Karlsruhe gekommen. Baden war von den süddeutschen Staaten der einzige, der ohne Prüfung eines *casus foederis* zu den Waffen gegriffen und mit Preußen gleichen Schritt gehalten hatte, schon am 13. Juli, zwei Tage vor der Mobilmachung, hatte sich der Großherzog dem Könige zu jeder Verwendung im Dienste des Vaterlandes zur Verfügung gestellt, der erste von allen deutschen Fürsten. Es entsprach dies seiner ganzen bisherigen Haltung. Dennoch war für die politische Stellung Badens zunächst nichts geändert, es blieb der treue Verbündete, der seine Pflicht tat. Im mündlichen Gespräch mit dem Kronprinzen konnte wohl manches Zukunftsbild entrollt, manche Hoffnung besprochen werden, einstweilen fehlte aber noch jede Grundlage. Der Großherzog beschloß, bis zur völligen

Beendigung der Mobilmachung, bei der Baden an Felddivision, Besatzungs- und Ersatztruppen 35181 Mann und 8038 Pferde aufstellte, in Karlsruhe zu bleiben und hier die ersten militärischen Entscheidungen abzuwarten. Ein günstiger Verlauf mußte sich in seinen unmittelbaren Folgen gegen Straßburg richten.



Christliche Liebestätigkeit

Von H. Meinhof in Halle



ie Liebestätigkeit, Hilfe für leibliche und sittliche Not der verschiedensten Art steht in der heutigen Zeit, man kann sagen, fortwährend auf der Tagesordnung. Von den verschiedensten Seiten wird dazu aufgerufen, oft genug mit einem stürmischen Drang und mit herben Vorwürfen über bisherige Versäumnisse. Nicht ganz selten aber kann man bei solchen, die ihrerseits eine Hilfsarbeit beginnen, eine überraschende Unkenntnis beobachten über das, was schon getan ist, vielleicht sogar auf demselben Gebiet, das sie neu zu beackern meinen — nur daß sie selbst von dem Getanen und Erreichten nichts wissen. Bei dem Reichtum und der Vielgestaltigkeit des modernen Lebens darf es aber auch nicht einmal wundernehmen, daß von dem Umfang der Liebestätigkeit vielleicht die wenigsten im Volk auch nur annähernd eine Kenntnis und lebendige Vorstellung haben. Es gehört in der That ein eingehendes und liebevolles Studium dazu, mit dieser Großmacht unsers modernen Lebens — denn das ist sie — einigermaßen vertraut zu sein. So ist's vielleicht manchem willkommen, wenn hier einmal versucht wird, nur kurz und in einzelnen lebensvollen Zügen darzustellen, was bisher getan, was erreicht ist, und es werden daraus von selbst bedeutsame Lehren und Aufgaben für die Gegenwart hervortreten.

1. Was ist erreicht?

Erreicht ist erstens: eine unzählbare Menge von Einzelhilfen.

Als der Kandidat Wichern am 12. September 1833 zur Gründung des Rauhen Hauses aufrief, schloß er seine Rede: „Gewiß, wer jemals ein armes kleines Kind gesehen, wie jenes eines war, das zu mir, dem damals ihm noch gänzlich Unbekannten, auf offener Straße herzulief und mit ausgestreckten Händen und bittenden Blicken, weinend zu mir hinauf sich wand und — warum sollte ich es nicht erzählen? — die Hände, die ihm noch nie eine Wohlthat erwiesen, küssen wollte und rief: Komm mit! komm mit! und siehe, wie mir es geht! — Wer solch ein Kind jemals gesehen, der würde die Angst und die Tiefe des Bedürfnisses in den Seelen dieser Kinder begreifen und könnte dem heiligen Triebe zu retten nicht widerstehen.“ Mit zwölf Kindern eröffnete Wichern in demselben Jahre das Rauhe Haus. Aber denken wir